Nr. 367 Abend-Ausgabe
B 181

Berlin

Mittwoch, 5 August 1925
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausnahme Handelsteil): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 3698 Telegramm-Adresse Ullsteinhaus. Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Wann reist Briand?

Die Gründe für den Aufschub

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 5. August

Der von der englischen Botschaft in Paris offiziös informierte Pariser Berichterstatter der „Times" meldet über den Stand der internationalen englisch-französischen Verhandlungen über die Antwort an Deutschland folgendes: Die französische und englische Ansicht über den Sicherheitspakt fand jetzt so weit in Uebereinstimmung gebracht, daß eine Unterhaltung zwischen den beiden Ministern wahrscheinlich zur Erledigung dieser Frage führen wird. Beide Regierungen werden dann die Antwort an die deutsche Regierung so bald wie möglich absenden, damit der Boden für entscheidende Unterhaltungen in Genf im September vorbereitet ist. Briand wünscht den Text der im französischen Auswärtigen Amt entworfenen Antwort an Deutschland Punkt für Punkt mit Chamberlain zu besprechen. **Es wird in Paris angenommen, daß die Zusammenkunft in London stattfinden wird, sobald Chamberlains anderweitige Engagements dies gestatten, voraussichtlich gegen Ende nächster Woche.** Abgesehen von der Frage des Paktes, wird Briand zweifellos erfreut sein, Gelegenheit zu haben, die Schuldenfrage zu erwägen. Diese Angelegenheit, die eigentlich zur Zuständigkeit des französischen Außenministeriums gehört, wurde von Herriot ausschließlich dem Finanzministerium zur Behandlung überwiesen. Briand, so wird uns zu verstehen gegeben, soll aber den Wunsch haben, die **politische Seite dieser Frage nicht** zu vernachlässigen und er soll daher beabsichtigen, diese Frage anzuschneiden, sobald sich eine Gelegenheit dafür ergibt.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Herald", der durch die Einstellung seines Blattes natürlich interessiert ist, der Außenpolitik Chamberlains, der Let der Arbeiterpartei besonders verhaßt ist, einige Schwierigkeiten zu bereiten, stellt dagegen den Stand der englisch-französischen Unterhaltungen und ihre Hintergründe folgendermaßen dar: „Briand hat es sehr eilig, nach London zu kommen. Gestern hat er den Vorschlag gemacht, er wolle heute nach London kommen. Da Chamberlain aber heute und morgen anderweitig in Anspruch genommen ist, hat er sich damit einverstanden erklärt, bis zum Ende dieser Woche zu warten. Der Grund seines Besuches ist anscheinend die Erörterung der letzten deutschen Note in der Sicherheitsfrage. Dieser Grund reicht aber kaum aus, um die plötzliche große Eile zu erklären. Die wirklichen Gründe für die Beschleunigung der Besprechung sind die folgenden: Die Unterbrechung der Schuldenregelung zwischen den Finanzministerien von London und Paris stellt einen Mißerfolg von Caillaux dar, den sein Rivale Briand als eine für ihn günstige Gelegenheit betrachtet. Wenn es Briand gelingen sollte, durch Ausbreitung der Finanzdiskussion in eine allgemeine politische Diskussion die noch klaffende Lücke zwischen den Mindestforderungen des englischen Schatzamts und dem Maximalangebot des französischen Schatzamtes zu überbrücken, so würde sein eigenes Prestige erheblich steigen und das Prestige von Caillaux erheblich vermindert werden. Dabei würde aber der Boden geebnet sein für den in Aussicht genommenen parlamentarischen Coup, der dazu bestimmt ist, Painleve und Caillaux auszuschalten und das Kabinett in ein Kabinett Briand umzuwandeln.

Vanderveldes Haltung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

e **Paris**, 5. August

Die Morgenpresse befaßt sich immer noch ausführlich mit der Reise Briands nach London zur persönlichen Fühlungnahme mit Chamberlain. Auch in Paris erklärt man, daß in den diplomatischen Verhandlungen zwischen London und Paris, man auf dem Wege zu einer Uebereinstimmung sei. Wenn also Briand wirklich zu einer persönlichen Fühlungnahme nach London gehe, dann sei das Verhandlungsterrain bereits weit genug geklärt, meint der „Petit Parisien", daß die beiden Minister ziemlich **schnell zu einer Einigung kommen könnten. Man erwartet daher,** daß Briand in der Tat, und zwar zu Beginn der nächsten Woche, **vielleicht schon am Montag** nach London reisen werde. Der Quai d'Orsay habe den lebhaften Wunsch, möglichst schnell an Deutschland eine Antwort zu erteilen, damit die außerordentlich delikate Frage des Sicherheitsvertrages nicht in ihrer ganzen Breite in Genf bei der Völkerbundstagung erörtert werden müßte.

Unangenehm hat die Haltung Vanderveldes hier berührt. Der belgische Außenminister hat in der letzten Woche in London und Paris eine Note überreichen lassen, in der die Stellung Belgiens zu der deutschen Note präzisiert wird. **In dieser Note erklärt sich Vandervelde zu einer künftigen Aenderung der Bestimmungen des Friedensvertrages insofern bereit, als er erklärt, daß man Deutschland keinen Vorwurf machen könne, wenn es den Wunsch habe, gewisse drückende Bestimmungen der Verträge abzuändern. Weiter schließt sich Vandervelde in dieser Note der Ansicht Stresemanns an, daß keine Macht von sich aus ihr Recht zu einer Intervention oder einer Sanktion gegenüber Deutschland interpretieren könne.**

Sieben Milliarden

Urteilt man nach den Gesetzen, die jetzt im Handumdrehen vom Reichstag verabschiedet werden, so muß man den Eindruck bekommen, daß wir in einer „sehr großen" Zeit leben: Die Kriegsziffern werden noch in den Schatten gestellt. Da gibt es ein Aufwertungsgesetz, das eine Vermögensumschichtung von 12 bis 15 Milliarden Mark zur Folge hat, ein Zollgesetz, das einzelnen Bevölkerungsgruppen auf Kosten anderer Berufsschichten eine jährliche Einkommensvermehrung von vielen hundert Millionen bringt, ein Bündel von Steuergesetzen, das der Wirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung eine Sieben-Milliardenlast auferlegt.

Würde nicht — ohne zwingenden Grund — die Verabschiedung dieser drei Gesetzesgruppen aufeinanderplatzen, so hätte das Interesse der Oeffentlichkeit sich vielleicht doch etwas stärker den neuen Steuern zugewandt, die in der öffentlichen Diskussion, zwischen Aufwertung und Zöllen, fast wie eine Bagatellsache behandelt werden. Der deutsche Bürger, der dank der Notenpresse das reguläre Steuerzahlen sich eine Zeitlang abgewöhnt hatte, ist auch auf diesem Gebiet schneller, als man es erwarten konnte, zur Untertanenmoral zurückgekehrt. Gutgläubig gibt er dem Staat nicht nur, was des Staates ist, sondern was der Staat von ihm verlangt. Die aktive Mitarbeit der Bevölkerung an der Steuergesetzgebung ist minimal. Ein Dutzend Abgeordnete, drei Dutzend Syndici, ein paar hundert oder tausend Spezialisten, die aus Beruf oder artistischem Vergnügen den Gang der Steuermaschine beobachten — das ist alles. Die Millionen, die es angeht, schimpfen ein bißchen und zahlen.

Nur so ist es zu erklären, daß die Regierung sang- und klanglos ein Steuerprogramm bewilligt bekommt, wie das des Herrn von Schlieben, das heute in zweiter Lesung den Reichstag passieren soll. Wenn man traditionell das Steuerbukett an den Namen des amtierenden Finanzministers knüpft, so soll damit der gegenwärtige Chef der Reichsfinanzen nicht der Beiterschaft verdächtigt werden. Wir wissen, daß die sieben Gesetzentwürfe, die nun die Sanktion des Parlaments erhalten sollen, noch aus der Amtszeit Dr. Luthers im Finanzministerium herrühren. Luther aber hielt sie aus Gründen, die wir nicht zu deuten wagen, wie er sich selbst einmal ausdrückte — in der Schublade. Bis Ende April, als Dr. Luther längst schon auf die andere Seite des Wilhelmplatzes, in die Reichskanzlei übergesiedelt war, blieb die Schublade verschlossen wie die Büchse der Pandora. Als sie dann endlich geöffnet wurde, war das Erstaunen über den Inhalt dieses Geheimfaches groß. Es stellte sich nämlich heraus, daß die so lange vorbereitete und so pompös angekündigte, große Steuerreform in Wirklichkeit nichts anderes war, als eine Reinschrift der Steuernotverordnungen. Das Provisorium der Stabilisierungszeit — als solches war es „von zuständiger Seite" immer wieder bezeichnet worden — hatte den Herren im Finanzministerium offenbar so gut gefallen, daß sie es nun in ein Definitivum umwandeln wollten.

Die Gründe für dieses Wohlgefallen liegen nahe. Es hatte sich herausgestellt, daß die ungewöhnlich rohen Steuerformen, wie sie für die Uebergangszeit, durchaus mit Recht, angewandt wurden, für das Reich äußerst einträglich und für die Reichsfinanzverwaltung sehr bequem waren. Allein die Umsatzsteuer brachte anderthalb Milliarden im Jahr. Zwar wurde der ursprüngliche Satz von 2½ v. H. allmählich auf 1½ v. H. abgebaut, aber das Reich büßte dadurch nichts ein, denn jede Preissteigerung kam automatisch den Reichsfinanzen zugute. Auch die anderen Steuern wurden fast unverändert in der groben Form des Provisoriums beibehalten. Das schwierige Problem, die Inflationsgewinne gleichmäßig heranzuziehen, und die jetzt verzettelten Inflationsgewinnsteuern (Hauszinssteuer, Obligationensteuer, lokale Wertzuwachssteuer usw.) auf einen Generalnenner zu bringen, um so die größten Ungerechtigkeiten zu beseitigen, wurde gar nicht erst in Angriff genommen. Ebensowenig getraute man sich an eine Reform der Lohnsteuer heran. Die Befreiung des Gutsherrnes von der Erbschaftssteuer wurde beibehalten, mit dem Erfolge, daß auch für das neue Steuerjahr der gesamte Ertrag dieser Steuer nur mit 36 Millionen Mark veranschlagt werden kann, während die unzulängliche Reichserbschaftssteuer der Vorkriegszeit bereits 60 Millionen Mark erbrachte, und England aus dieser Steuerart über elfhundert Millionen einbekommt. Die einzige wertvolle Arbeit unter den sieben neuen Gesetzentwürfen war der Plan eines Reichsbewertungsgesetzes, das einheitliche Bewertungsgrundsätze für Reichs-, Länder- und Gemeindesteuern aufstellte — ein Meisterwerk des Staatssekretärs Popitz.

Im ganzen enthielt jedenfalls das Steuerbukett, das Herr von Schlieben als verantwortlicher Reformminister vorlegte, so viel Mängel und Lücken, daß es sorgsamer Durcharbeitung im Parlament bedurft hätte, um daraus ein einigermaßen haltbares Gebilde zu machen. Der Reichstag ging an die Arbeit. Hinter ihm stand die Regierung mit der Stoppuhr in der Hand. Die Gesetze mußten durchgepeitscht werden, um dem Sieben-Milliarden-Etat eine Basis zu geben. Dieselbe Methode, die man auch bei den Zöllen angewandt hat: ohne ersichtlichen Grund waren die Vorlagen Monate

Es werden immer weniger

Die Beschlußfähigkeit des Reichstages

Die heutigen namentlichen Abstimmungen über einzelne Steuergesetze haben ergeben, daß rund 110 Abgeordnete fehlen, obgleich die Mehrheitsparteien alle ihre Mitglieder, die nicht durch Krankheit oder andere zwingende Gründe verhindert sind, dringend ersucht haben, nach Berlin zu kommen. Die Anwesenheitsziffer im Reichstage sinkt von einer Sitzung zur anderen (in der heutigen sind übrigens wieder fünf Urlaubsgesuche bewilligt worden). Die größte Zahl der Abwesenden entfällt auf die Mehrheitsparteien. Die müßten doch mindestens imstande sein, aus eigener Kraft die Beschlußfähigkeit des Reichstages zu sichern. Eine genauere Prüfung der heutigen Abstimmungsresultate ergibt aber, daß die Stimmenzahl der Mehrheit hinter der für die Beschlußfähigkeit erforderlichen Anwesenheitsziffer zurückbleibt. Da wird es klar, warum die Mehrheitsparteien so sehr auf die äußerste Abkürzung des Verfahrens bei der Beratung der Zollvorlage dringen. Sie befürchten, daß in der kommenden Woche das Haus beschlußunfähig werden könnte und daß der Drang, von Berlin weg zu kommen, bei ihnen doch noch stärker sein wird, als die Zollvorlage vor dem Schicksal einer Vertagung bis zum Herbst zu bewahren.

Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Mehrheitsparteien über die Aenderung des Zollkompromisses sind noch nicht abgeschlossen. Doch scheint die Regierung jetzt geneigt, die von Zentrum geforderte Befreiung von Brot und Fleisch von der Umsatzsteuer zu gewähren. Nach einer Berechnung des Reichsfinanzministeriums soll der Ausfall infolge dieser Befreiung noch immer geringer sein als der Ausfall bei einer generellen Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1¼ auf 1 v. H. Die Einigung wird also wohl auf dieser Grundlage erfolgen.

Wie wir aus Zentrumskreisen hören, hat sich die Fraktionsleitung in der Frage der Besetzung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete durch Abg. v. Guerard dahin ausgesprochen, daß der Eintritt eines zweiten politischen Zentrumsministers in das Reichskabinett inopportun wäre. Die Angelegenheit ist damit zunächst mindestens auf den Spätherbst vertagt.

(Siehe auch dritte Seite)

Die Räumung Düsseldorfs

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

m **Duisburg**, 5. August

Die militärischen Umgruppierungen im Sanktionsgebiet sind beendet. In Duisburg traf eine aus belgischen und französischen Generalstabsoffizieren bestehende Kommission ein, die eine Inspektionsreise durch das Sanktionsgebiet unternimmt. Die Aufgabe dieser Kommission ist die technische Vorbereitung der Räumung des Sanktionsgebietes. Die Besatzungsbehörde hat für den 15. August eine große Anzahl Waggons von der Reichsbahnbehörde angefordert. Eine offizielle Mitteilung über die Räumung des Sanktionsgebiets ist den innerhalb der Brückenköpfe Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf liegenden Gemeinden bisher noch nicht zugegangen.

Das deutsch-belgische Handelsabkommen

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde heute in beiden Lesungen der Entwurf eines vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion mit großer Mehrheit angenommen. In der vorhergehenden Aussprache wurden einzelne Zollsätze, insbesondere Kautschukreifen und Pferde beanstandet, ohne daß jedoch der Ausschuß Aenderungen an dem vorliegenden Entwurf vornahm.